



Frauen aus verschiedenen Dörfern treffen sich zum Austausch und zur Erarbeitung gemeinsamer Strategien.

Foto: Rose Noah/HEKS

Land Grabbing und sexualisierte Gewalt

Frauen in Kamerun erheben ihre Stimme gegen Gewalt

«Der Agrarkonzern Socfin hat seine Palmöl- und Kautschukplantagen so stark ausgedehnt, dass den Familien kein Land mehr bleibt, weswegen sie hungern.» Dies berichtet uns Marie Crescence Ngobo, Koordinatorin der kamerunischen Organisation RADD (Réseau des Acteurs du Développement Durable). Die meisten dieser Plantagen entstanden zwar bereits 1968, wenige Jahre nach der Unabhängigkeit Kameruns. Allerdings wurden sie in den letzten zwei Jahrzehnten massiv erweitert, nachdem der belgisch-französische Agrarkonzern Socfin, der auch einen Sitz in der Schweiz hat, die Plantagen erwarb. Die kamerunische Regierung ermöglichte die Ausbreitung der Monokulturen mit

dem Argument, die Plantagen würden der Bevölkerung Entwicklung und Arbeit bringen. Dorfgemeinschaften, die früher mehrere Kilometer von den Plantagen entfernt lagen, grenzen nun an diese an oder sind von ihnen umgeben.

Für die Menschen der betroffenen Dörfer heisst das, dass sie kaum mehr Land für ihre Selbstversorgung haben. Sie müssen Lebensmittel zukaufen, da sie selbst nicht mehr genug produzieren können. Besonders davon betroffen sind Frauen, denn sie sind traditionellerweise für die Nahrungsproduktion verantwortlich. Sie müssen teilweise über zehn Kilometer weit laufen, um ein freies Stück Land zu finden, welches sie bearbeiten können.

Die Plantagen sind überall, also sind die Frauen gezwungen, sich an deren Rand zu bewegen, wenn sie ihr Dorf verlassen, oder durch die Plantagen hindurch zu gehen, um nicht grosse Umwege auf sich zu nehmen. Frauen und Mädchen müssen dabei sexuelle Übergriffe von Sicherheitsleuten der Plantagen befürchten. Sexualisierte Gewalt ist für Frauen allgegenwärtig, doch lange war das Thema ein Tabu. Erst seit sich Frauen organisiert, mit anderen Betroffenen vernetzt haben und mit Unterstützung von RADD ihre Stimme erheben, werden Übergriffe gegen Frauen und Mädchen nicht mehr totgeschwiegen. Ihre Situation wollen die Frauen nicht nur in ihren Gemeinschaften und gegenüber Socfin sichtbar machen. Regierungsvertreter*innen sollen davon erfahren und an Treffen den Forderungskatalog der Frauen erhalten. Die Frauen rund um die Socfin-Plantagen sind in ihrem Kampf für Land und gegen Gewalt auf unsere Solidarität angewiesen.

Danke für Ihre Solidarität!

Simbabwe: Für Arbeitsrechte und gegen sexualisierte Gewalt

Müllsammlerinnen organisieren sich

In Bulawayo, Simbawwes zweitgrösster Stadt, verdienen Hunderte von Frauen und Männern als Müllsammler*innen ihr Tageseinkommen. Sie suchen auf städtischen Müllhalden und in Hintergassen Plastik, elektronische Geräte sowie Metallreste, um sie danach an Händler und Recyclingfirmen zu verkaufen. Diese informellen Müllsammler*innen werden jedoch nicht als Arbeiterinnen und Arbeiter anerkannt, obwohl sie einen wichtigen Beitrag zum Recycling leisten. Während die Abfallberge in den Städten aufgrund der nicht funktionierenden Müllabfuhr wachsen, werden Sammler*innen von der Verwaltung als Parasiten beschimpft und arbeiten unter prekärsten Bedingungen. Von Käufern und Firmen erhalten sie oft nicht den vereinbarten Preis. Für die Frauen kommt ein weiteres Problem dazu: Sexualisierte Gewalt ist Teil ihres All-

tags. Insbesondere als Reaktion auf diese Realität haben sich Sammlerinnen vor gut zwei Jahren zu organisieren begonnen.

Solidarische Vernetzung

In Kooperativen organisiert und untereinander vernetzt, bekämpfen die Arbeiterinnen insbesondere das Stigma, welches Sammlerinnen anhaftet, die Opfer von Vergewaltigung wurden. Solidaritätsgruppen unterstützen diese Frauen beim Erstellen von Anzeigen. Als besonders wichtig bezeichnen sie die Sensibilisierungsarbeit, die sie mit Unterstützung der Organisation MIHR (Matabeleland Institute for Human Rights) leisten. Hierbei geht es darum, Sammler – gezielt Männer – auf sexualisierte Gewalt anzusprechen und zu sensibilisieren. Daraus ist ein Netzwerk von «champions» entstanden, also von Samm-

lern, die sich gegen sexualisierte Gewalt einsetzen und andere Männer auf das Thema ansprechen.

Aus dieser Erfahrung heraus entschieden die Sammlerinnen der Kooperativen, mit Unterstützung der MIHR die gemeinsame Organisation aller Müllsammlerinnen und Müllsammler der Stadt anzustossen. An einer Versammlung treffen sich diesen Monat rund 250 Vertreterinnen und Vertreter von Kooperativen und nicht-organisierten Nachbarschaften und tragen ihre Forderungen zusammen. Die Müllsammlerinnen und Müllsammler wollen gemeinsam Druck auf die Regierung ausüben, damit sie endlich als Arbeiter*innen anerkannt und ihre prekären Arbeitsbedingungen verbessert werden. Ebenfalls haben sie begonnen, sich mit Müllsammler*innen landesweit wie auch international zu vernetzen. Nur gemeinsam und solidarisch können sie ihre Arbeit sichtbar machen und für ihre Rechte kämpfen.



Müllsammlerinnen der Stadt Bulawayo haben sich organisiert.

Foto: MIHR

Gefangene Antikriegsaktivist*innen in Russland

Stimmen gegen den Krieg stärken

Seit Beginn des Kriegs gegen die Ukraine haben wir uns im SOLIFONDS die Frage gestellt, ob und wie wir in Russland Bewegungen gegen den Krieg stärken können. Dies hat sich als schwierig herausgestellt: Menschen, die sich in Russland gegen diesen Krieg stellen, werden kriminalisiert und müssen lange Haftstrafen befürchten. Dadurch werden öffentliche Proteste und breit organisierte Antikriegsaktivitäten verhindert. Ab Februar 2022 fanden zunächst Demonstrationen statt, diese wurden jedoch innert kürzester Zeit von der Polizei aufgelöst und

die Teilnehmenden verhaftet und oft unter Anklage gestellt. Für Antikriegsaktivist*innen ist es praktisch unmöglich geworden, ihren Unmut kollektiv und sichtbar zu äussern. «Auch in Russland ist Krieg», hören wir von Aktivist*innen. Bei uns ist kaum noch von Antikriegsprotesten in Russland zu vernehmen. Dass solche Informationen nicht oder nur selten zu uns gelangen, heisst aber nicht, dass kein Widerstand gegen den Krieg mehr existiert. Aktivist*innen suchen nach unterschiedlichen, oft individuellen Formen, ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Insbesondere seit

der Teilmobilmachung im September haben Einzelaktionen zugenommen. Wichtig ist, dass Antikriegsaktivist*innen, die verhaftet werden, mit Rechtshilfe, Besuchen und Briefen unterstützt werden. Zwar kann Rechtshilfe nicht für ein faires Verfahren sorgen. Jedoch eröffnet der Beistand durch einen Anwalt oder eine Anwältin einen Kommunikationskanal mit gefangenen Antikriegsaktivist*innen. Möglicherweise entsteht ein gewisser Schutz gegen Folter. Vor allem aber spüren die gefangenen Antikriegsaktivist*innen, dass sie nicht vergessen werden.



Dorfbewohnerinnen an einem Workshop gegen Land Grabbing und sexualisierte Gewalt.

Foto: Rose Noah / HEKS

Frauen und Land Grabbing in Kamerun

«Wir wollen unser Land, unsere Würde zurück!»

«Was diese Frauen erleben, ist ein Verbrechen. Wie kann es sein, dass sie, nur weil sie neben einer Plantage geboren wurden, mit Gewalt leben und hungern müssen?» In Marie Crescence Ngobos Stimme schwingen Empörung und Wut mit. Seit einigen Jahren unterstützt die Koordinatorin der Organisation RADD die Frauen aus acht Dorfgemeinschaften. Alle leben in unmittelbarer Nähe einer Palmöl- oder Kautschukplantage des Agrarkonzerns Socfin. Und alle erleben sexualisierte Gewalt in ihrem Alltag.

Übergriffe gegen Frauen

«Begonnen hat es damit, dass die Dorfgemeinschaften ihr Land verloren haben», erklärt Marie Crescence. Ohne Land für den Nahrungsmittelanbau können Frauen die Ernährung ihrer Familie nicht mehr sicherstellen. Heute haben sie zwei Möglichkeiten: Entweder arbeiten sie für Socfin oder sie suchen am Rand oder innerhalb der Plantagen nach Nahrung oder nach liegengebliebenen Palmnüssen. Die Arbeit auf den Plantagen – Pestizide sprühen oder roden – ist nicht nur schwer, sondern auch schlecht

bezahlt. Im Gegenzug für Arbeit oder damit der Lohn überhaupt ausbezahlt wird, müssen sich Frauen oft vor ihren Vorarbeitern entblößen. Dorfbewohnerinnen, die durch die Plantagen gehen oder an deren Rand nach gefallenen Palmnüssen suchen, um daraus Öl zu produzieren und es danach auf dem Markt zu verkaufen, erleben Ähnliches. Sie werden von Sicherheitsmännern der Plantagen sexuell bedrängt oder vergewaltigt.

Eine weitere Herausforderung sind die Gemeinschaften selber. Übergriffe anzuzeigen ist sehr schwierig. Frauen werden von den Männern ihrer Gemeinschaft und von der Polizei nicht ernst genommen und oft ausgelacht. Zwar ist allgemein bekannt, dass Übergriffe stattfinden, doch geredet wird kaum darüber.

Das Tabu brechen

Das wollen die Frauen ändern. Sie unterstützen insbesondere Opfer sexueller Gewalt, stehen ihnen im Fall einer Anzeige oder Klage zur Seite. Die Prozesse sind langwierig, aber manchmal gelingt

der Anwältin, die mit ihnen zusammenarbeitet, ein Sieg gegen die übermächtig scheinenden Anwälte des Konzerns.

Von grosser Bedeutung sind die Treffen der Frauen unter sich. «Oft enden sie in Tränen, weil die Erfahrungen der Frauen schrecklich sind», erzählt uns Marie Crescence. Von Treffen mit Frauen aus anderen Ländern erfahren sie, dass sexualisierte Gewalt in und um Plantagen auch in Liberia, Nigeria und Sierra Leone Realität ist. Sie erfahren nicht nur mehr über ihre Rechte, sondern lernen voneinander, wie sie für diese kämpfen können, und ermutigen sich gegenseitig.

Frauen fordern Rechte ein

Die Treffen mit anderen Betroffenen haben die Frauen dazu inspiriert, in ihrem Kampf einen Schritt weiterzugehen. Sie wollen sich mit kamerunischen Behördenvertreter*innen treffen und von ihnen Taten fordern. «Sie wollen als vollwertige Bürgerinnen wahrgenommen werden und ihre Rechte einfordern. Dabei steht für sie an vorderster Stelle, dass sie ihr Land zurückerhalten. Nur so können sie ihre Würde wiederherstellen», betont Marie Crescence. Der SOLIFONDS unterstützt die Frauen dabei, sich auf die Treffen mit Regierungsvertreter*innen und Parlamentarier*innen vorzubereiten. Für die Frauen ist dies ein wichtiger Schritt, um ihre Stimme hörbar zu machen und das Tabu rund um Land Grabbing und die damit verbundene sexualisierte Gewalt aufzubrechen.



Von Kohlemine betroffene Dorfbewohner*innen tauschen sich aus.

Foto: Tierra Digna

Glencore-Mine in Kolumbien

Kampf um Partizipation bei Minenschliessung

Während Glencore die Kohleausfuhr aus Kolumbien steigert, hat derselbe Konzern eine Abbaukonzession im Departement Cesar überraschend an den Staat zurückgegeben. Seit dies bekannt wurde, kämpfen die vom Bergbau betroffenen Dorfgemeinschaften und Gewerkschaften dafür, dass sie beim Schliessungsplan der Mine an vorderster Stelle miteinbezogen werden. Denn sie befürchten, dass sich der Konzern aus dem Staub machen will, ohne soziale und Umweltlasten zu beheben und ohne dass wirtschaftliche Alternativen für die Bevölkerung geschaffen werden.

Eine der Gemeinden ist El Hatillo. Das Dorf ist von Kohleminen umgeben, überall ist Kohlestaub. Viele Bewohner*innen leiden an Atem- oder Hauterkrankungen. Seit langem kämpfen die Dorfbewohner*innen dafür, dass sie als Gemeinschaft umgesiedelt werden und Land erhalten, auf welchem sie wieder Landwirtschaft betreiben können. Obwohl eine solche Umsiedlung vor 12 Jahren von der Umweltbehörde angeordnet wurde, ist bisher nichts passiert.

Zusammen mit anderen Gemeinden kritisiert die Bevölkerung von El Hatillo, dass sie nicht informiert wurde, wie die Mine der Glencore-Tochterfirma Prodeco übergeben und geschlossen werden soll. Die Verhandlungen zwischen Behörden und Unternehmen passierten ohne jeglichen Einbezug der Bevölkerung oder der Minenarbeiter.

Keine Schliessung ohne Einbezug der Betroffenen

Deshalb reichten die Gemeinschaften und Gewerkschaften zusammen mit der NGO Tierra Digna eine Grundrechtsklage ein und forderten, dass ein Schliessungsplan nicht ohne Partizipation bewilligt werden darf. Ein Gericht verpflichtete daraufhin die kolumbianische Umweltbehörde und Glencore-Prodeco, einen Dialogtisch zu eröffnen und volle Transparenz zur Titelerückgabe herzustellen. Jedoch focht Glencore-Prodeco das Urteil an. Das zweitinstanzliche Urteil bestätigte, dass ein Verhandlungstisch stattfinden muss. Jedoch liegt die Federführung neu beim Konzern. Nun wollen Gemeinschaften und Gewerkschaften dafür sorgen, dass die Kontrolle über den Verhandlungsprozess wieder bei der Umweltbehörde liegt.

Wie dieser Schliessungsprozess abläuft, wird auch künftige Minenschliessungen beeinflussen. Dass Gemeinschaften und Gewerkschaften zusammenspannen und ihre Forderungen gemeinsam artikulieren, ist enorm wichtig und wegweisend, damit Konzerne sich nicht zurückziehen können, ohne ihre Verantwortung gegenüber den Gemeinschaften und der Belegschaft wahrzunehmen.

40 Jahre SOLIFONDS

Am 1. Mai wird der SOLIFONDS 40 Jahre alt. 1983 wurde er ins Leben gerufen, um rasch und unbürokratisch Kämpfe von sozialen Bewegungen im Globalen Süden zu unterstützen. In unserem nächsten Bulletin werden wir Sie darüber informieren, was wir rund um unseren Geburtstag planen – und freuen uns, wenn Sie bei unseren Aktivitäten dabei sind. Ebenfalls freuen wir uns, wenn Sie uns helfen, den SOLIFONDS breiter bekannt zu machen, damit wir unsere Solidaritätsarbeit tatkräftig weiterführen können.

Gedenken an eine kämpferische Gewerkschafterin

Myrtle Witbooi schaffte es, mit ihren flammenden Reden Hausarbeiterinnen weltweit zu inspirieren und zu mobilisieren. Aber auch Regierungen und Arbeitgeber hörten ihr zu, wenn sie die Situation von Hausarbeiterinnen schilderte und grundlegende Arbeitsrechte einforderte. Die Südafrikanerin hatte im Alter von 17 Jahren in fremden Haushalten zu arbeiten begonnen und wusste, wovon sie sprach. Während des Apartheidregimes begann sie, Hausarbeiterinnen zu organisieren. 1999 gründeten sie gemeinsam die südafrikanische Hausarbeiterinnengewerkschaft SADSAWU, um bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Während Jahren präsidierte Myrtle die internationale Hausarbeiterinnengewerkschaft IDWF und kämpfte in der internationalen Arbeitsorganisation ILO für die Konvention 189 zum Schutz der Hausarbeiterinnen. Als diese 2011 angenommen wurde, sagte Myrtle in ihrer einfachen, aber bestimmten Art: «Heute haben wir uns Würde und Respekt verschafft. Wir sind keine Sklavinnen mehr, sondern Arbeiterinnen.»

In der langjährigen Zusammenarbeit zwischen SOLIFONDS und SADSAWU hat uns die kämpferische und entschlossene Hausarbeiterin und Gewerkschafterin Myrtle Witbooi immer wieder beeindruckt und inspiriert. Am vergangenen 16. Januar verstarb sie 75-jährig in Kapstadt. Wir trauern um Myrtle und behalten sie als Vorbild in unserer Erinnerung.

**IMPRESSUM: SOLIFONDS – Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, Quellenstrasse 25, 8005 Zürich
Tel. 044 272 60 37, mail@solifonds.ch, www.solifonds.ch, PC 80-7761-7, IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7**

Redaktion: Aurora García, Yvonne Zimmermann

Druck: printoset, Zürich (gedruckt auf Refutura-Papier: 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC zertifiziert, Co₂-neutral)